

PRESSEMITTEILUNG

FRAKTIONEN IM RAT DER STADT OSNABRÜCK



Rathaus/Bierstr. 28 · 49074 Osnabrück · Tel.: 323-4448, -3130
spd@osnabrueck.de · fraktion@gruene-os.de

Datum: 19.12.2013

12345678901234567890123456789012345678901234567890123456

Baumschutzbeauftragter soll kommen

Rotgrün: Bäume für Stadtklima lebenswichtig

Auf der letzten Ratssitzung des Jahres hat die rotgrüne Zählergemeinschaft auch die Einrichtung eines Baumschutzbeauftragten auf den Weg gebracht. „Bäume sind für ein gutes Stadtklima und die Luftqualität wichtig. Sie filtern den Staub aus der Luft, spenden Feuchtigkeit und unterstützen den Lärmschutz. Deswegen wollen wir mehr für den Baumschutz tun“, erklärt Volker Bajus, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion.

Heiko Panzer, von der SPD, verweist auf die Ergebnisse des Bürgerhaushalts. Die Einrichtung eines Baumschutzbeauftragten habe dabei die drittbeste Bewertung von insgesamt 232 Vorschlägen erhalten. Auf Platz fünf landete ein ähnlicher Vorschlag zum Schutz der Bäume. „Das Ergebnis zeigt, wie wichtig den Menschen in unserer Stadt eine gesunde Stadtumwelt ist und welche Bedeutung Bäumen für die Lebensqualität in der Stadt zu kommt“, so Panzer.

Auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit verbundenen Zunahme von Starkhitzetagen im Sommer, werde das Stadtgrün immer wichtiger. „Wir scheuen die Kosten nicht, denn hier geht es um den Schutz der Gesundheit unserer Bürger. Daher haben wir jetzt die Verwaltung beauftragt, aufzuzeigen, wie dieser Vorschlag umgesetzt werden kann“, erläutert Bajus.

Im Vorschlag des Bürgerhaushalts heißt es: „Wir wünschen uns von der Stadt Osnabrück, 1. die Einsetzung eines Ansprechpartners oder eines Baumschutz-Beauftragten (Obmann für Stadtbäume), der zuständig ist für den Schutz der Bäume, aber auch für die Förderung von Neupflanzungen, und 2. dass im privaten Bereich der Fällung von Laub- und Nadelbäumen mit einem Stammumfang von mehr als 80 cm nur stattgegeben werden darf, wenn vorher eine Beratung durch den Baumschutzbeauftragten stattgefunden hat.“

Rotgrün weist daraufhin, dass der Vorschlag nicht neu sei. Bereits 2009 habe der damalige Umweltdezernent und heutige OB Wolfgang Griesert vorgeschlagen – als Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern der damals diskutierten Baumschutzsatzung – eine Anzeige- und Beratungspflicht einzuführen.